

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 26 (1923-1924)
Heft: 14

Artikel: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz und die internationale Arbeiterkonferenz
Autor: Gagliardi, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-748426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

freude « nur der Erkenntnis gedient », oder hast du, dir selber unbewusst « eigenes Erlebnis zu einem gewaltigen historischen Roman gestaltet? » Die Antwort, die aus dem Grabe kommt, kann nur den Sinn haben: Nein, ich bin nie ein Philologe gewesen, und habe daher nie in unermüdlicher Forscherfreude nur der Erkenntnis gedient. Meine Freude waren die Gedanken, die sich ungeladen einstellten, wenn ich meine alten Autoren las. Eigenes Erlebnis wird sicher an ihnen mitbeteiligt gewesen sein. Die Gedanken kommen ja aus dem Herzen. Es mag auch Leute geben, deren Gedanken nicht aus dem Herzen kommen. Solche mögen wohl die Philologen und Historiker sein, die niemals verstehen wollen, was ich mit meinen Forschungen meine.

MÜNCHEN

ALFRED BAEUMLER



BISMARCKS KONFLIKT MIT DER SCHWEIZ UND DIE INTERNATIONALE ARBEITERKONFERENZ

1889—1890

Aus den Denkwürdigkeiten des Grafen Waldersee, den Erinnerungen des Fürsten Philipp Eulenburg, des Freiherrn Lucius v. Ballhausen und anderer sind bereits mannigfache Einzelheiten über Bismarcks Konflikt mit der Schweiz anlässlich des Wohlgemuthhandels und über die späteren Verhandlungen des Bundesrats mit dem Deutschen Reiche wegen der ursprünglich nach Bern berufenen Internationalen Arbeiterkonferenz bekannt geworden. Der Streitgegenstand an sich ist ja wohl in Erinnerung: der Kanzler, durch die von schweizerischem Gebiet aus betriebene Propaganda deutscher Sozialisten, wie Eduard Bernsteins und anderer längst gereizt, benützte die erste Gelegenheit, um eine « Flüchtlingsaffäre » vom Zaune zu brechen, die an die Drohungen des Fürsten Metternich während der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts erinnert. Als das Treiben der durch die deutsche Polizei besoldeten Agents provocateurs in der Schweiz unter Beihilfe des zürcherischen Polizeihauptmanns Fischer im Reichstag enthüllt wurde, als die Pressangriffe gegen das

Bismarcksche System durch Zeitungen fort dauerten, die, in der Eidgenossenschaft gedruckt, massenhaft über die Grenze geschmuggelt wurden, als dann vollends im April 1889 der elsässische Polizeiinspektor Wohlgemuth auf Spitzelgeschäften ertappt und zu Rheinfelden von einem aargauischen Bezirksamtmanu verhaftet, sowie später vom Bundesrat ausgewiesen wurde, war der Zorn des Kanzlers gewaltig: in seinem Auftrag richtete der Staatssekretär Herbert Bismarck, sein Sohn, diplomatische Noten an die Eidgenossenschaft, in denen er drohte, für den Fall, dass der Ausweisungsbeschluss nicht zurückgezogen und Entschuldigung geleistet werde, den Passzwang an der Grenze einzuführen, sowie die schweizerische Neutralität nicht mehr zu gewährleisten. Die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* sprach anfangs Juni 1889 von der Eidgenossenschaft als von einem « wilden Land », in dem der Deutsche keinen Rechtsschutz finde; die deutsche Regierung brach die diplomatischen Unterhandlungen über die ganze Angelegenheit ab, unter Ankündigung der Selbsthilfe, und angebliche Schritte bei Österreich und Russland schienen, wie einst in den Tagen Metternichs, eine gewaltsame Intervention einzuleiten. Der Bundesrat bequeme sich denn auch unter diesem Druck zur Einsetzung eines ständigen Bundesanwalts, und die von den eidgenössischen Räten gleichzeitig beschlossenen Kredite für Anschaffung eines neuen Infanteriegewehrs ließen sich als Verteidigungsanstalten für einen unter Umständen drohenden bewaffneten Konflikt erklären.

Schon aus den in den letzten Jahren veröffentlichten Memoiren Waldersee's¹⁾ weiß man nun, dass der Kanzler Wohlgemuths Verhaftung anfangs zu einem größeren Coup benützen wollte, um — nach der empfindlichen Abkühlung des deutschen Verhältnisses zu Russland — das Zarenreich für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Schweiz zu gewinnen, da kurz vorher polnische und russische Anarchisten in Zürich bei der Bombenfabrikation gegen Russland ertappt worden waren: am 12. Mai 1889 schreibt der damalige Generalstabschef Walder-

¹⁾ Bd. II, S. 51 ff. Über den Wohlgemuthhandel siehe die knappe, vorzügliche Skizze — von dem späteren Bundesrat Arthur Hoffmann stammend — bei W. Nef: *Minister Arn. Roth* (Trogeu 1905), S. 63 ff.

see denn auch in seinen Aufzeichnungen, der Kanzler denke an einen Krieg gegen die Eidgenossenschaft und an ihre Teilung, während Waldersee selber zu bremsen und den Wert der schweizerischen Neutralität in einem Krieg gegen Frankreich hervorzuheben suchte, wie er denn auch noch vor Erledigung des Konflikts, Ende Juli 1889, fast demonstrativ nach Luzern reiste, um an der Einweihung eines evangelischen Kapellenbaus in Engelberg teilzunehmen. Er scheint selbst jenseits der Grenze aus seiner Missbilligung von Bismarcks Verfahren kein Hehl gemacht zu haben und bedauert, dass dem geringen schließlich erreichten Erfolg — der etwas besseren Überwachung der Sozialisten — die Verletzung zahlreicher bisher deutschfreundlicher Elemente, die Verschlechterung der Stimmung in der Schweiz und in Süddeutschland, steigendes Mißtrauen gegen das Reich und stärkeres Hinneigen zu Frankreich gegenüberständen: daraus folge die Gefahr, die Schweiz könne bei einem allfälligen Kriege schwanken und sich vielleicht dem Widersacher zuneigen. Der Grundgedanke Bismarcks sei wohl richtig gewesen: er wollte Russland zu einer gemeinsamen politischen Aktion mit dem von ihm stets misstrauischer betrachteten deutschen Reiche bewegen und dadurch eine Annäherung herbeiführen, habe sich aber, nachdem die Aktion gegen die Schweiz bereits begonnen, einen Korb geholt. Die Eidgenossenschaft sei, als sie erkannte, dass niemand mit ihm gehe, klug genug gewesen, an keine ernsthafte Kriegsabsicht mehr zu glauben, da ja weiterreichende Verwicklungen für Bismarck kaum ausgeblieben wären. Dagegen sei man in Süddeutschland sehr aufgeregt gewesen, weil der vom Kanzler angedrohte Zollkrieg zahlreiche dortige Interessen verletzt hätte. Von Baden und Württemberg seien denn auch bald Reklamationen nach Berlin gekommen, und der badische Großherzog scheine sich direkt an den jungen Kaiser gewandt zu haben. Auf jenes' Wunsch habe Waldersee denn auch schon Ende Juni 1889 in Stuttgart mit Wilhelm II. gesprochen, der sofort entschlossen gewesen sei, die Sache in ruhiges Fahrwasser zu bringen. Die Erregung in der Eidgenossenschaft habe indes erst abgenommen, als der deutsche Generalstabschef Waldersee persönlich als Tourist im Lande erschienen sei, was

man als Friedenszeichen auffasste. Die ganze törichte Idee eines Krieges mit der Schweiz habe nicht zur Erhöhung von Bismarcks Ruhm gedient und das völlig fehlgeschlagene Unternehmen das kaiserliche Vertrauen zu der überlegenen Staatskunst seines Kanzlers erschüttert.¹⁾

Auch Bismarck selber hat im 3. Bande der *Gedanken und Erinnerungen* die Bedeutung dieses ja vor allem den Badensern unbequemen Konflikts für die Erkaltung seines Verhältnisses zu dem Gemahl von Wilhelms I. Tochter, dem Großherzog Friedrich von Baden, hervorgehoben.²⁾ Er erklärte, wie man aus einer erst neuerdings erschienenen Publikation weiß,³⁾ dem badischen Gesandten in Berlin, dem Freiherrn v. Marschall schon im Mai 1889: die Zentralbehörde in Bern sei zwar gut gesinnt; die Schwierigkeit liege aber in der Kantonswirtschaft, welche die Neutralität der Schweiz gefährde. Mit der Eidgenossenschaft selber wollte er allerdings in diesem Moment keinen Krieg führen, wohl aber mit dem Kanton Aargau, wo der « Ochsenwirt » Baumer⁴⁾ antideutsche Politik treibe. Er wünsche, dass man eventuell gegen den Aargau eine Grenzsperrre in der Weise einführe, dass man die Postsendungen untersuche, sowie den Eingang von Personen und Waren streng kontrolliere — worauf ihm Marschall freilich gleich von Anfang die lokalen Verhältnisse und die Schwierigkeiten darlegte, die für Baden aus einer solchen Sperrre entstehen würden.⁵⁾ Der Kanzler hat nun zwar in den *Gedanken und Erinnerungen* ausdrücklich bestritten, dass die Reichsregierung in ihrem Verhalten gegen das Nachbarland einen andern Zweck verfolgt habe, als die Unterstützung der schweizerischen konservativen Elemente gegen den Einfluss und agitatorischen Druck der fremden und heimischen Sozialdemokratie. Bei unbefangener Erwägung der europäischen Gesamtsituation wird man indes kaum dazu gelangen, die Angaben des gut unterrichteten

¹⁾ II, S. 62/63, 113, 123 Ob Bismarcks Absichten sich wirklich bereits bis zu eigentlichen Kriegsplänen verdichteten, wird wohl fraglich bleiben; dass sie sich aber in der angedeuteten Richtung bewegten, ist sicher.

²⁾ Kap. II.

³⁾ O. Gradenwitz: *Bismarcks letzter Kampf. 1888—1898* (Berlin 1924).

⁴⁾ Bezirksamtman Baumer in Rheinfelden, der Wohlgemuths Verhaftung veranlasste.

⁵⁾ Marschalls Bericht vom 20. Mai 1889, a. a. O. S. 70.

deutschen Generalstabschefs zu verwerfen;¹⁾ und wenn Bismarck dann fortfährt: die deutsche Regierung habe mit den achtbarsten Schweizern in einem unausgesprochenen, aber gegenseitig befolgten Einverständnis gehandelt, « welches dank der Unterstützung, die wir unsern Freunden gewährten, praktisch zu dem Ergebnisse führte, dass die politische Zentralgewalt der Schweiz eine festere Stellung und schärfere Kontrolle als früher über die deutschen Sozialisten und die Kantönlipolitik der Demokratie gewann » — so ist mit diesen retouchierenden Worten der Verlauf der ganzen Angelegenheit kaum erschöpfend behandelt.

Aus den heute teilweise veröffentlichten Berichten Marschalls, von 7. und 9. Oktober 1889,²⁾ weiß man nun, dass es auch im Herbst dieses Jahres noch schwere Mühe kostete, den Kanzler zum schließlichen Nachgeben gegenüber den badischen Vorstellungen zu bewegen.

Umsonst hatte der Staatssekretär des Äußern, Herbert Bismarck, kurz vorher bei dem Fürsten den Versuch gemacht, die getroffenen Zollmaßregeln widerrufen zu lassen: Vater und Sohn hatten in der Unterredung lediglich rote Köpfe bekommen, und die Plackereien blieben beim Alten. Auf Anregung des Legationsrats v. Holstein und wohl auf die von Marschall vertretenen Beschwerden Badens hin, erneuerte dann aber der Staatssekretär anfangs Oktober seinen Vorschlag, vom Zeitpunkt der Ernennung des inzwischen beschlossenen schweizerischen Bundesanwalts, d. h. vom 15. Oktober ab, die befohlenen Zollmaßregeln einzustellen. Noch während der Nordlandsreise des Kaisers hatte der Reichskanzler dem Souverän in Form eines Immediatsvortrags sogar eine Art Beschwerdeschrift gegen Badens Haltung in der Schweizer-

¹⁾ Sie erhalten eine Stütze außerdem in dem Schreiben Bismarcks an seinen Stellvertreter, den Staatssekretär von Boetticher, 26. Juni 1889 (bei Gg. v. Eppstein: *Fürst Bismarcks Entlassung*, S. 112/13): „Im Sinne dieser Politik (eines guten Verhältnisses zu Russland) habe ich es mir angelegen sein lassen, in dem Streite der monarchischen Staaten gegen die schweizerischen Revolutionsparteien eine Interessengemeinschaft mit Russland und eine derselben entsprechende gemeinsame Haltung beider Reiche zu erstreben und zur europäischen Anschauung zu bringen. Diese Bemühungen waren erfolgreich bis zu dem Moment, wo die ersten offiziellen Artikel gegen die neue russische Konvertierung (von Eisenbahnobligationen an der Berliner Börse) ohne mein Zutun erschienen. Mit dem Erscheinen derselben dürfte die seitdem zurückhaltende Wendung der russischen Haltung in der Schweizer Frage im Zusammenhang stehen.“

²⁾ Mit unrichtigen Jahresdaten abgedruckt bei Gradenwitz, S. 68/69.

frage unterbreitet, in der — unter Hervorhebung der ihm durch dieses gemachten Schwierigkeiten — geradezu eine allerhöchste Intervention erbeten ward! Der Kaiser wich indes aus, und Bismarck selber mochte sich überzeugen, dass seine Position unhaltbar geworden sei: am Vormittag des 9. Oktober 1889 teilte Holstein dem badischen Gesandten mit, der Reichskanzler habe sich nun auf Anregung seines Sohnes mit der sofortigen Einstellung der Zollmaßregeln einverstanden erklärt; die Bundesstaaten würden sofort amtliche Nachrichten erhalten, und der schweizerischen Regierung sei vertraulich Kenntnis zu geben. Eine öffentliche Bekanntmachung solle indes nicht stattfinden, da die reichsseitige Anordnung der Zollmaßregeln in der Presse niemals zugestanden worden sei. Ganz offensichtlich, dass Herbert Bismarck von der Zweckmäßigkeit des ganzen Vorgehens selber nicht mehr überzeugt war und die Vorstellungen Badens gegenüber dem starren Widerwillen des autokratischen Vaters überwogen¹⁾ — nachdem ja die ursprüngliche Absicht, Russland zu gewinnen, ohnedies längst gefallen war und das Nachgeben überdies durch die Konzession des schweizerischen Bundesanwalts einigermaßen gedeckt werden konnte.

Die Kanzlerkrise ist dann aber bekanntlich infolge von Momenten, die hier weiter nicht berührt werden müssen, in den nächsten Monaten doch sehr rasch in Fluss gekommen: schon Ende Januar 1890, nach Bismarcks Erscheinen in Berlin — die vorausgehenden Monate hatte er in Friedrichsruh verbracht — wird sie unaufhaltbar. Neben den oft zitierten Konfliktursachen zwischen dem greisen Begründer des Reiches und dem jugendlichen Kaiser spielen unter anderm auch die

¹⁾ „Als ich (d. h. Marschall) Herrn v. Holstein meinen Dank für seine Intervention in dieser Angelegenheit ausgesprochen hatte, antwortete er mir, dass er allerdings aus unsern jüngsten Besprechungen Anlass genommen habe, dem Grafen (Herbert) Bismarck von sich aus vorzustellen, dass mit dem Scheitern des Referendums (gegen die Einführung der Bundesanwaltschaft) und der Durchführung des Gesetzes über die Ernennung eines Bundesanwalts der Moment gekommen schein, die Zollmaßregeln aufzuheben, dass jedoch eine besondere Anstrengung nicht nötig gewesen sei, den Grafen Bismarck zu überzeugen, letzterer vielmehr sofort bereit gewesen sei, die Angelegenheit in diesem Sinne bei dem Reichskanzler anzuregen. Es sei das um so mehr anzuerkennen, als Graf Bismarck wegen der Sache vor kurzem eine recht unangenehme Viertelstunde mit seinem Vater gehabt habe.“ M. bittet ferner um die Erlaubnis, Herbert Bismarck die Befriedigung des Großherzogs über die Aufhebung der Grenzmaßregeln aussprechen zu dürfen.

Meinungsverschiedenheiten über die von Wilhelm II. geplante Arbeiterfürsorge eine Rolle, die vom Publikum bisher vielleicht immer noch zu gering eingeschätzt worden ist, und hier berührt sich der Zusammenbruch des Kanzlers abermals wenigstens in einigen Zufälligkeiten mit den schweizerischen Beziehungen zum deutschen Reiche.

Die Vorgänge sind ja im allgemeinen bekannt; sie erfahren aber durch die von dem Heidelberger Juristen Gradenwitz seit kurzem veröffentlichten Berichte des badischen Gesandten Marschall eine viel weiter ins einzelne gehende Erklärung. Diese Berichte sind der folgenden Skizze zugrunde gelegt, wobei einige Ergänzungen aus andern Quellen lediglich zur Vervollständigung aufgenommen wurden. Wer sich über Bismarcks Sturz im Zusammenhang unterrichten will, findet in dem Buch des Frankfurter Privatdozenten Wilhelm Schüssler eine in der Hauptsache zutreffende Erklärung.¹⁾

Wilhelm II., dessen Selbstherrlichkeit das Verhältnis zum Kanzler eigentlich schon in den ersten Wochen erschwerte, hatte sich, durch eine Reihe unverantwortlicher Berater unterstützt und von etwas unklaren Popularitätsbedürfnissen getrieben, für die von den meisten Reichstagsparteien, sowie von Sachsen und Baden geforderte, von Bismarck aber stets hintangehaltene Arbeiterschutzgesetzgebung eingesetzt. Während der Kanzler die Anschauung vertrat, dem Arbeiter könne die freie Verfügung über seine und seiner Familienglieder Kräfte gesetzlich nicht verboten werden, während er eine Schädigung der industriellen Konkurrenzfähigkeit und vor allem ein noch stärkeres Anwachsen der Sozialdemokratie fürchtete, die sich zur Kriegsgefahr für Monarchie und Staat entwickeln könne, war der Kaiser mit Recht der Überzeugung, er dürfe es im Anfang seiner Regierung keinesfalls zu einer Situation kommen lassen, in der Blut fließe. Als Bismarcks Stellvertreter, der Staatsminister von Boetticher, ihm anfangs Januar 1890 Vortrag über die Thronrede zum preußischen Landtag hielt, verlangte

¹⁾ *Bismarcks Sturz* (Leipzig 1921). Marschalls Berichte sind dort freilich, ebenso wie die erst seither veröffentlichten des sächsischen und bayrischen Gesandten, noch nicht benutzt. Vgl. außerdem Paul Haake: *Bismarcks Sturz* (Berlin 1922). W. Mommsen: *Bismarcks Sturz und die Parteien* (1924). S. auch Waldersee II S. 97 ff.

Wilhelm II., dass in den Passus, der von den jüngsten Bergwerksstreiken handelte, auch eine ausdrückliche Zusage für demnächstige Ausdehnung der Arbeiterschutzgebung aufgenommen werde.

Der Kanzler antwortete jedoch zunächst mit kategorischer Weigerung: der Kaiser möge sich in diesem Fall einen andern Ministerpräsidenten suchen; man könne ihm die Heuchelei nicht zumuten, für eine Maßregel einzutreten, die er missbillige. Wilhelm II., der schon bei den Streiken des Vorjahrs lebhaft für die Arbeiter und gegen die Kapitalisten aufgetreten war,¹⁾ gab nun wohl für den Augenblick nach, blieb jedoch bei seinen Besprechungen mit dem Großherzog von Baden und dem König von Sachsen, die seine Bestrebungen ebenfalls ermunterten. Ja, er ließ sich von dem letztgenannten ausdrücklich die Einbringung eines entsprechenden sächsischen Antrages beim Bundesrat zusagen. Er äußerte den Wunsch, Preußen möchte für diesen Antrag stimmen — wobei er bemerkte, der Reichskanzler werde wegen dieser Angelegenheit kaum die Entlassung nehmen —, und er stellte sich in der Frage des eben damals zu erneuernden Sozialistengesetzes gleichfalls in scharfen Gegensatz zu seinem ersten Berater.²⁾

Der Kronrat vom 24. Januar 1890 verschärfte noch diese Spannung: der Kaiser, der gegenüber einer Demissionsdrohung Bismarcks gleichzeitig mit seiner Meinung, beim Sozialistengesetz entgegenzukommen, zu seinem bitteren Verdruss unterlag — er drohte dem Kriegsminister Verdy nachher mit der Faust, weil man ihn im Stich gelassen hatte — erklärte mit Entschiedenheit, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes voranzugehen und diesen Gedanken zunächst in einem an das Staatsministerium zu richtenden öffentlichen Erlass kund geben zu

¹⁾ Lucius Frhr. v. Ballhausen: *Bismarck-Erinnerungen*, S. 496 ff.

²⁾ Marschalls Bericht vom 15. Januar 1890 (Gradenwitz, S. 120/21). Vgl. damit den Bericht des sächsischen Gesandten Hohenthal vom gleichen Datum (*Deutsche Rundschau*, Bd. 190, Februar 1922, S. 153/54). Die sächsische Regierung wünschte dabei ausdrücklich den Anschein zu vermeiden, als ob sie gegen die vom Reichskanzler eingenommene Stellung vorgehe oder irgendeine Rücksicht gegen ihn verletze. Herbert Bismarck erklärte hierauf dem Gesandten, sein Vater werde die Anträge kaum als Angriff gegen seine Person auffassen (a. a. O. S. 154). Die Aufzeichnungen Boettichers bei Eppstein S. 33 ff. Ebenda S. 95 ff. eine Reihe wichtiger Dokumente, sowie Ergänzungen zu Boetticher durch den Chef von Bismarcks Reichskanzlei, v. Rottenburg (S. 79 ff.). Bismarcks eigene Darstellung der Krise gegenüber dem österreichischen Botschafter Széchényi bei Schüssler, S. 279—81.

wollen.¹⁾ Bismarck, den Wilhelm II. bis dahin mit Sorgfalt in Friedrichsruh festgehalten hatte, damit er nicht im Reichstag die beabsichtigte innerpolitische Rede halte, widersprach zwar und warnte vor den Folgen: die Steigerung der Erwartungen und der niemals zu befriedigenden Begehrlichkeit der sozialistischen Klassen werde das Königtum und die Regierungsgewalt auf eine abschüssige Bahn treiben — der Erlass müsse die bevorstehenden Wahlen schädigen, die Besitzenden erschrecken und die Sozialisten ermutigen —, eine Mehrbelastung der Produktionskosten sei nur dann möglich, wenn die andern großen Industriestaaten gleichmäßig verführen und anderes. Doch wurde immerhin beschlossen, die Vorlagen im Staatsministerium zu beraten, und zwei Tage später stellte dieses unter widerwilliger Zustimmung Bismarcks einen ganz allgemein gehaltenen Entwurf auf, der den entscheidenden Punkt, die Beschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit, gar nicht erkennen ließ. Doch der Reichskanzler, der bereits die Absicht des Kaisers verhindert hatte, seine etwas theatralische Erklärung unmittelbar nachher, am 27. Januar — seinem Geburtstag — der Öffentlichkeit mitzuteilen, ließ auf die Ankündigung: die sächsische Regierung werde ihren Arbeiterschutzantrag nächstens beim Bundesrat einbringen, deren Gesandten, den Grafen Hohenthal, am 30. Januar rufen und eröffnete ihm, er würde einen solchen Schritt mit seinem sofortigen Entlassungsgesuch beantworten — der Kaiser interessiere sich für den sächsischen Antrag und würde ihm befehlen, dafür zu stimmen; da dies aber seiner Überzeugung widerspreche, werde er einer solchen Situation durch Einreichung seines Demissionsgesuches zuvorzukommen. Die gleiche Erklärung gab Bismarck am Nachmittag des selben Tages dem bayerischen Gesandten, dem Grafen Lerchenfeld, und erbat sich die Unterstützung seiner Regierung.²⁾

¹⁾ Das Protokoll der Sitzung bei Eppstein, S. 157 ff., Jb. S. 146 ff die Vorschläge des Kaisers. Rottenburg ib. S. 87 ff., dem Bismarck nach dem Kronrat, mit Tränen in den Augen, auf dem Sofa liegend, sagte: er sehe ein, sein Verbleiben im Amt sei unmöglich; der Kaiser sei ihm völlig entfremdet und höre andere Leute; die Minister hätten ihn verlassen usw. Über den heftigen Zusammenstoß zwischen Kaiser und Kanzler während des Kronrats s. besonders Boetticher, b. S. 43 ff., und Lucius, S. 506 ff. *Gedanken und Erinnerungen*. Schüssler S. 76 ff.

²⁾ Marschalls Bericht vom 31. Januar. Boetticher, S. 48 ff. Lucius, S. 510 ff. Das Sitzungsprotokoll vom 26. bei Eppstein, S. 166 ff. Ausführlicher Bericht Hohenthals über seine Unterredung vom 30. Januar, mit zahlreichen weiteren Details. (*Deutsche Rundschau*, Bd. 190):

Die sachlichen und persönlichen Gegensätze, die damit verhältnismäßig unvermittelt in äußerster Schärfe aufklangen, fanden indes durch den Ministerrat des 31. Januar, bei dem sich der Kaiser unerwartet einfand, noch einmal eine vorläufige Überbrückung: schon in der Beratung vom 26. Januar hatte Bismarck erkennen müssen, dass eine Einheitsfront des Ministeriums gegenüber den Wünschen der Krone nicht zustande gebracht werden könne. So suchte er die kaiserlichen Entschlüsse denn indirekt, durch Appell an den Staatsrat und durch die Berufung einer internationalen Konferenz zu bekämpfen, um in der Erörterung sachverständiger Männer ein Gegengewicht gegen unverantwortliche und unwissende Dilettanten zu schaffen,¹⁾ denen er ja die Pläne Wilhelms II. größtenteils zuschrieb. Am 31. Januar beschloss man infolgedessen, der Kaiser solle

« Geht das so fort, » erklärte ihm der Kanzler unter anderem, „so wird Hinzpeter (der Erzieher des Kaisers, der in der Tat Wilhelms II. Interesse für die Arbeiterschutzfragen angeregt hatte) wohl nächstens Reichskanzler werden; denn ich kann mir mit meinen 75 Jahren und mit meiner nicht ganz erfolglosen Vergangenheit nicht gefallen lassen, dass mein Herr von Leuten beraten wird, die hierzu nicht berufen sind. Schließlich fragt der Kaiser irgendeinen beliebigen Husarenoffizier, wie er die soziale Frage lösen soll, und will mir dann dessen Meinung aufzwingen, wenn ich nicht beizeiten gegen eine derartige Behandlung der Staatsgeschäfte Einspruch erhebe.“ Die soziale Frage sei nicht mit Rosenwasser zu lösen; hierzu gehöre Blut und Eisen. Er sei zu seinem tiefen Bedauern beim Kaiser der Anschauung begegnet, dass man den revolutionären Tendenzen gewisse Konzessionen machen könne, ja sogar müsse, bevor es zu spät sei. Hierzu könne er die Hand nicht bieten. Da der Kaiser den Anträgen zustimme, müsse der Minister dem Willen seines Herrn weichen. Seine Frau und sein Arzt hätten ihm schon seit Jahren geraten, sich von den Geschäften zurückzuziehen; auch er persönlich sehne sich schon lange, von der Galeere, von der Ruderbank, an die er gekettet sei, loszukommen. Er habe sich daher vorgenommen, sein Amt nach und nach abzubrockeln: das Handelsministerium sei er bereits los; auch den preußischen Ministerpräsidenten habe er im Laufe dieses Jahres ablegen wollen, um sich ganz und gar auf sein Altenteil, die auswärtige Politik und die Führung der preußischen Stimme im Bundesrate, zurückzuziehen. Seine Einflussnahme auf die inneren Fragen habe er auch mit der Zeit aufgeben wollen, und zwar dies um so mehr, als ein Mann von 75 Jahren mit jenem Altenteil immer noch voll beschäftigt wäre. Würden indes die sächsischen Anträge gestellt, so würde sich ihm die erwünschte Gelegenheit bieten, aus *allen* seinen Ämtern auszuscheiden, womit ihm und seiner Familie nur gedient wäre. Er gebe aber zu bedenken, ob es im allgemeinen Interesse liege, wenn der einzige Mann innerhalb des preußischen Ministeriums, der dem Kaiser gegenüber eine gewisse Autorität besitze, ausscheide. Hierzu komme, dass er sich gewisse Verdienste für den europäischen Frieden erworben habe, die er in der Hauptsache seinem persönlichen Einfluss in Petersburg, London, Wien und Rom verdanke, und diesen könne er nicht vererben. Auf die Bemerkung Hohenthals, sämtliche Parteien des Reichstags seien einer Vermehrung des Arbeiterschutzes geneigt, erwiderte er: « Das ist nur Stimmenfang; wenn ich jemals mit der öffentlichen Dummheit gerechnet hätte, so wäre ich nicht 28 Jahre Minister geblieben. » Am selben Tag ersuchte er überdies, wie er dem Gesandten angekündigt hatte, die sächsische Regierung offiziell, ihre Anträge bis nach den Wahlen zu verschieben (a. a. O. S. 155—157). Boetticher sah schon damals den Bruch zwischen Kaiser und Kanzler voraus. (Auszüge aus den Berichten Lerchenfelds in den *Süddeutschen Monatsheften*, Dezember 1921, besonders seine Schreiben vom 30. und 31. Januar 1890, mit charakteristischen Varianten gegenüber Hohenthal und Marschall). *Gedanken und Erinnerungen*.

¹⁾ *Gedanken und Erinnerungen*, Kap. 6.

eine Order an den Minister für Gewerbe und öffentliche Arbeiten erlassen des Inhalts, ob nicht die auf die Fabrikarbeiter bezüglichen Vorschriften der Gewerbeordnung einer Ergänzung in der Richtung bedürften, dass einer übermäßigen Ausbeutung der Arbeitskraft mehr wie bisher vorgebeugt werde — ferner eine zweite Order an den Reichskanzler, mit der Anregung, eine internationale Regelung der Arbeiterfrage anzubahnen. Die Redaktion der entsprechenden Erlasse nahm Bismarck, der sich nach wie vor gegen jede weitere Einschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit erklärte, selber in die Hand — schon um durch ihre Formulierung seine eigenen Anschauungen nicht zu präjudizieren. Der Kaiser aber, der vom Empfang Hohenthals beim Reichskanzler gehört hatte, verlangte von diesem noch am 31. Januar mündlichen Bericht über seine Unterredung mit Bismarck und beauftragte ihn dann, nach Dresden zu melden, er bitte den König dringend, die Arbeiterschutzanträge möglichst bald beim Bundesrat einzubringen.¹⁾

ERNST GAGLIARDI

[Schluss folgt]

¹⁾ *Gedanken und Erinnerungen*. Bericht Marschalls vom 1. Februar. Boetticher, S. 50 ff. Lucius, S. 513 ff.: Hinzpeter erklärte der Kanzler, er müsse unter diesen Umständen selber Minister werden, um die Verantwortung für seine Ratschläge zu tragen. Hohenthals Berichte vom 31. Januar und 1. Februar: der Kaiser, über den Schritt des Reichskanzlers sehr ungehalten, wünscht ausdrücklich, man möge in Dresden auf Bismarcks Wünsche keine Rücksicht nehmen. « B. wird nicht gehen; sollte er es aber dennoch tun, so werde Ich schon dafür Sorge tragen, dass Europa erfährt, dass Ich ihn wegen Ungehorsams entlassen habe. Eigentlich sollte Ich dies heute schon tun; denn indem er Sie gestern kommen ließ, hat er gegen Meinen ausdrücklichen Befehl gehandelt und hiermit einen Schritt getan, den Ich nicht näher qualifizieren will. » Hierauf weitere heftige Klagen gegen den Kanzler, der ihm das Leben schwer mache, das Ministerium zur Verzweiflung bringe usw. Leider verbieten Raumrücksichten die ausführliche Wiedergabe. Wilhelm erklärt dem Grafen, der Kanzler rate ihm stets, in die Arbeiterbewegung nicht vorbeugend einzugreifen, sondern sofort zu blutigen Repressalien überzugehen, was er ohne zwingende Notwendigkeit ablehne usw. Hohenthal ist von der Unmöglichkeit eines weiteren Zusammenwirkens völlig überzeugt, da die Gegensätze das sachliche Gebiet längst verlassen hätten.